

Der Gewerkverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerkvereine.

Geheimt haben Mittwoch und Sonnabend. Wöchentlichlicher Abonnementpreis durch die Post bezogen und abholen vom Postamt 0,65 Pf.; bei jeder Bestellung durch den Briefträger ins Haus 18 Pf. mehr.
Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an.

Gerausgegeben
unter Mitwirkung der Verbands- und Vereins-Vorstände
von
Centralrat der Deutschen Gewerkvereine
(Gord-Bundes).
Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/225.

Anzeigen pro Seite:
Geschäftsraum, 15 Pf., Familienraum, 15 Pf.
Vereinsraum, 10 Pf., Arbeitsmarkt 5 Pf. et al.
Reklamation und Spedition:
Berlin N.O., Greifswalder Straße 221/225.
Sprechstelle: Am Markt VII, Nr. 472a.

Nr. 98.

Berlin, Mittwoch, 11. Dezember 1907.

Neununddreißigster Jahrgang.

Sachschutz.

Verbandsgenossen und -Genossinnen! — Drohende Kämpfe im Baugewerbe! — Klassenkampf und Tarifverträge. — Allgemeine Rundschau. — Gewerkverein-Zeitung. — Verbands-Zeitung. — Kämpfen-Zeitung.

Verbandsgenossen und -Genossinnen!

Unser Ruf: "Werbt freiwillige Abonnenten für den „Gewerkverein“!" darf jetzt nicht verfließen. Der Quartalswechsel naht. Da gilt es, die Säumigen an ihre Pflicht erinnern, die Erfreien zu raschler Werbearbeit immer und immer wieder anspornen.

Der Abonnementpreis für das Verbandsorgan, 65 Pf. für das ganze Quartal und 18 Pf. Bestellgeld bei freier Lieferung ins Haus, ist derartig niedrig bemessen, daß die übergroße Mehrzahl der Verbandsgenossen das kleine Opfer wohl bringen und auf den „Gewerkverein“ abonnieren kann. Wer aber, jederzeit im wirtschaftlichen Kampfe seinen Stand bekennt will, der kann das Verbandsorgan nicht entbehren.

Darum senden wir uns wiederholt an alle diejenigen, die den Wert der Presse für die Agitation erkannt haben. Fordert in jeder Ertigung zum Abonnement auf, schreibt auch die Namen auf, zieht selbst das Geld ein und bestellt für alle zusammen das Blatt!

Werbt Abonnenten für den „Gewerkverein“!

Drohende Kämpfe im Baugewerbe?

Raum sind einige Monate seit dem gewaltigen Kampf der Berliner Bauarbeiter verstrichen, da ballen sich schon wieder drohende Böller am wirtschaftlichen Horizont des Baugewerbes zusammen. In den Organen der sozialdemokratischen Bauarbeiterorganisationen wird ein Schriftstück veröffentlicht, das den Verhandlungsbericht bildet über die außerordentliche Generalversammlung des Arbeitgeberverbandes für das Baugewerbe, die am 21. Oktober d. J. in Berlin tagte. Ebenso wie die Versammlung selbst unter Aushilf der Deutschen Zeitung tagte, sollten auch ihre Beschlüsse streng direkt behandelt werden. Trotz allem ist auf irgend einem Wege ein Protokoll in die Deutlichkeit gelangt. Und das ist gut so! Denn dieses Protokoll enthüllt offen die Pläne der Scharfmacher im Baugewerbe und läßt beizeiten auf Gegenmaßregeln hinzu.

Die Beschlüsse, die in jener deutlichsten Versammlung gefasst wurden, gehen dahin, daß die im Jahre 1908 zu vereinbarenden Tarifverträge sämtlich bis zum 31. März 1910 oder bis zum 31. März 1908 und in weiterer Folge bis zum 31. März 1910 abgeschlossen sind. In zweiter Linie sollen alle im Jahre 1908 zu vereinbarenden Tarifverträge nur unter Vorbehalt der Genehmigung durch die Bundesleitung abgeschlossen werden dürfen. Eine Verlängerung der Arbeitszeit, sofern diese nicht über 10 Stunden beträgt, darf nur nach vorangegangenem Ver-

lorenen Streik und mit Genehmigung des Bundesvorstandes eintreten. Endlich soll in seinem Vertrage der 1. Mai als Feiertag zugestanden werden. Weiter wurde festgestellt, daß, falls nicht für sämtliche Verträge eine Übereinstimmung erzielt werden kann, alle Verträge zurückgezogen werden und als letztes Mittel im Frühjahr eine Ausperrung der Bauarbeiter eventuell über ganz Deutschland durchgeführt werden soll.

Der Zweck dieses Vorgehens ist klar. Die Unternehmer im Baugewerbe wollen, — das ist die Hauptsache — daß die Tarifverträge alle an einem bestimmten Tage ablaufen. Zu dieser Zeit sollen dann neue Verhandlungen angeknüpft werden auf der Grundlage der weiter angeführten Bedingungen, auf die wir hier nicht eingehen wollen, denn der 1. Mai als Feiertag kommt für uns nicht in Frage. Führen die Verhandlungen nicht überall zum Abschluß eines neuen Tarifs, so soll die Ausperrung erfolgen. Diese würde naturgemäß eine ungeheure Ausdehnung annehmen, so daß die Kassen der Arbeiterorganisationen so stark in Anspruch genommen würden, daß diese nicht imstande wären, für eine erhebliche Zeit den Kampf durchzuführen. Die Unternehmer hätten dann gewonnenes Spiel und könnten nach Südwand die Arbeitsbedingungen ändern.

Einem solchen Vorhaben können natürlich die Arbeiterorganisationen nicht ruhig zuschauen, sie werden vielmehr alle Hebel in Bewegung setzen, um den wohlüberdachten Plan der Unternehmer zum Scheitern zu bringen. Diese andererseits scheuen auch vor dem äußersten Mittel nicht zurück und drohen sofort mit einer allgemeinen Ausperrung über ganz Deutschland. Ihnen ist selbst dieses Opfer nicht zu groß, wenn es gilt, einen einheitlichen Endterm für die Tarife zu erzielen.

Ein gefährliches und frivoles Spiel, das da die Scharfmacher im Baugewerbe treiben! Kommt es zu der angebrochenen Ausperrung im nächsten Frühjahr, so wäre damit ein Kampf herausbeschworen, dessen Folgen sich auch nicht unbedenklich überblicken lassen. Die wirtschaftliche Krise, die heute schon ihre Schatten voranwirft, wird im nächsten Jahre zweifellos schon viel deutlicher ihre Wirken spüren lassen. Wenn dann noch ein allgemeiner Kampf im ganzen deutschen Baugewerbe hinzukommt, so müssen diese Wirken noch viel schrecklicher sein. Denn nicht allein hunderttausende von Bauarbeitern mit ihren Familien würden dadurch brotlos werden. Auch das Heer der durch die Krise arbeitslos Gewordenen würde noch einen erheblichen Zuwochs zu verzeichnen haben, da durch einen Kampf im Baugewerbe auch viele andere Industriezweige in Mitleidenschaft gezogen werden. Wir wollen diesen Gedanken gar nicht weiter spinnen. Schon diese Andeutungen genügen, um zu zeigen, wie schwer die Verantwortung derjenigen ist, die einen derartigen Konflikt heraufbeschwören.

Aber noch eine andere Erwiderung zwingt uns, entschieden Stellung zu nehmen gegen die angekündigten scharfmäterlichen Pläne. Wir sind offizielle Anhänger der Tarifverträge, für welche die Deutschen Gewerkvereine seit ihrem Bestehen stets eingetreten sind. Allmählich hat der Tarifgedanke immer breiteren Boden gewonnen, und sowohl in Arbeitgeber- wie in Arbeitnehmerkreisen ist man sich längst darüber klar, daß Tarifverträge, abgeschlossen zwischen beiden Parteien Organisationen, das

wirtschaftliche Mittel sind, um einem Gewerbe eine ruhige Entwicklung zu gewährleisten. Der Tarifvertrag ist also ein Friedensinstrument, dessen Vertretlichkeit und Wirklichkeit sich allgemeine Anerkennung erworben hat. Hier in diesem Falle aber wollen die Scharfmacher den Tarifvertrag nicht als ein Friedensinstrument gebrauchen, sondern als eine Waffe im wirtschaftlichen Kampfe. Der Tarifvertrag wird dadurch verwandelt in das Gegenteil dessen, was er sein sollte, und um das zu verhindern, müssen die äußersten Kräfte angespannt werden. Rachen die Scharfmacher im Baugewerbe ernst, stehen sie von ihrem gemeingefährlichen Treiben nicht ab, so hat die gesamte Arbeiterschaft ein lebhaftes Interesse daran, daß jene Pläne vereitelt werden. Welche Folgen das haben kann, läßt sich zurzeit noch nicht übersehen. Mögen sich jene Herren aber der Verantwortung, die sie zu tragen haben, bewußt sein!

Klassenkampf und Tarifverträge.

Klassenkampf und Tarifverträge — wie steht das zusammen? In der Agitation spielen sich die Sozialdemokraten als die Radikalisten auf; sollen sie aber praktische Politik treiben, dann müssen sie Anteile machen bei den Gewerkschaften. Dies zeigt sich wieder so recht einmal in der Berliner Stadtverordneten-Versammlung am 24. Oktober d. J. Zur Debatte stand ein Antrag der sozialdemokratischen Fraktion, die anständige Lohnkürzung in die Submissionsbedingungen der Stadt aufzunehmen. Das bedeutet, daß diejenigen Unternehmer von der Lieferung ausgeschlossen bleiben sollen, die nicht die zwischen den Organisationen der Arbeiter und Unternehmer abgeschlossenen Tarifverträge anerennen.

Unter Verbandsvorsitzende, Kollege Goldschmidt, hatte schon vor acht Jahren einen ähnlichen Antrag im Namen seiner Fraktion in der Stadtverordneten-Versammlung eingereicht und vertreten. Der Magistrat wehrte sich damals dagegen, weil man in das Vertragsabschluß zwischen Unternehmern und Arbeitern beiderlei Rechts nicht eingreifen dürfe. Da war dann leider auch in der Stadtverordneten-Versammlung eine Mehrheit für diese vernünftige Forderung nicht zu finden.

Die Sozialdemokraten erneuerten jetzt den Antrag, und so kam dann die Frage von neuem zur Verhandlung. Der sozialdemokratische Redner, der „radikale“ Stadtverordnete Braunlich, hielt dabei zur Befürwortung des Antrags eine beherzte Rede auf die friedliche Verständigung zwischen Unternehmern und Arbeitern, sich hierbei wiederholte auch auf unseren Kollegen Goldschmidt beziehend, der ja mit seinen Freunden dasselbe wollte und nun gewiß keinen werde, den Antrag zu fordern. Aus dem Braunlich'schen Lobreden auf die friedliche Verständigung wollen wir hier einige Strophen heranziehen:

Wir unserer Kriegungen im Ausland nachgegeben, dann tritt von selbst die Folge ein, daß die Stadt ihr wichtigstes Wort angreifen von Tarifverträgen zwischen Unternehmern und Arbeitersorganisationen einzulegen hat. Ich will darauf aufmerksam machen, daß die bayerische Regierung sich bereits auf diesen Standpunkt gestellt und die Gewerkschaftsbeamten angewiesen hat, die betreffenden Organisationen der Unternehmer wie der Arbeiter aufzufordern, sich über Tarifverträge zu verständigen. Die Ausfertigung von der Kürzelkette der Tarifverträge hat ja gleichzeitig bei uns in Deutschland sehr in den Unternehmertypen Saha getroffen. Meines Wissens findet es nur noch die Großindustrie, die unter der Güterfreiheit des Centralverbandes deutscher Industrieller es ablehnen, mit ihren Arbeitern Tarifverträge einzugehen. Der Centralverband steht nun auf dem strammen Hohenstaufenwall, Herr im Hause sein und für von niemand etwas verunsichern lassen zu wollen, nach reicher Wünsche und Fortbewegungen der Arbeiter zu prallen,

- 28 - Verbands-Teil.

Versammlungen.

wird durch die Steigerung der Preise für Lebens- und konjunkturelle Bedarfsmittel. Die sinkende Konjunktur brachte gegen Arbeitslosigkeit und Lohnabfälle. Blau und Rot zogen dann in die Familien ein. Nur die Betriebsorganisation könnte die Arbeiter vor dem Neuersten schützen. Die Arbeitslosenversicherung sei oft der einzige Rettungsanker. Der Redner ging dann noch auf die verschiedenen Organisationsrichtungen ein und erklärte, daß der an sich gute Gedanke der Einheitsorganisation so lange ein Traum bleibe, wie die Arbeiter sich in nationale, politische und religiöse Gruppen zerstreuen ließen. Die Gleichberechtigung der Arbeiter sei nur zu erreichen, wenn alle Arbeiter gemeinsam auf neutralem Boden für die Verbesserung ihrer Lage eintreten und alle Zulieferer beteiligt seien. An der lebhaften Debatte beteiligten sich Hohen und Mitglieder des Gewerbevereins. Im Schlusswort batte der Referent unter dem Beifall der laufenden, daß die Arbeiterschaft allen die Tür weisen solle, welche versuchten, die Arbeiter in verschiedene Gruppen zu zerstreuen. Alle politischen sowie religiösen Streitigkeiten sollen in den betreffenden Vereinen ausgetragen werden. Die Arbeiterschaftsorganisationen haben andere Aufgaben zu erfüllen.

§ 18b. In der Sitzung des Ortsvereins der Hohen am 28. November war der für den IV. Bezirk gewählte Agitationsleiter Kolleg Hohen erschienen. Dieser erhielt nach Erledigung einer Reihe geschäftlicher Angelegenheiten das Wort zu einem Referat über: "Die gegenwärtige wirtschaftliche Lage und die daraus folgenden Organisation entstehenden Aufgaben". In kurzen Zügen gab der Referent ein Bild über die ungewohnte Preissteigerung der Lebensmittel und Gebrauchsartikel, die in den letzten Jahren um rund 40% gestiegen seien; dagegen sind die Gehalts der Arbeiter im höchsten Maße um 15 bis 20% gestiegen. Die Schulden an der ungeheuren Erneuerung trage zum größten Teile der in jener denkwürdigen Dezembernacht vom verlorenen Reichstag beschlossene Solidarität. Die ganze Wucht dieses für die arbeitende Bevölkerung ungünstigen Tariffs bekommen wir jetzt beim Einfließen der wirtschaftlichen Krise zu führen. Aber gerade die jetzige Situation sollten die Mitglieder bemühen, um die arbeitspendenden Kollegen auf den Segen der Organisation im Gewerbeverein aufmerksam zu machen, der gerade in solch schweren Zeiten den Mitgliedern stets hilfreich zur Seite steht. Jeder einzelne sollte durch fröhliche Agitation den Gewerbeverein in jeder Weise fördern. — In einer sehr eingehenden Diskussion stimmten die Mitglieder den sachlichen Ausführungen des Referenten zu und wünschten, daß die bei der Bildung des Agitationsbestells gegebenen Hoffnungen durch den Agitationsbeamten ihrem Ziel näher gebracht resp. bald in Erfüllung gehen mögen.

D.

Berlin. Diskutierclub der Deutschen Gewerbevereine (G.-D.). Verbandshaus der Deutschen Gewerbevereine, N.O., Streifwalderstr. 221/222. Sitzung jeden Mittwoch, abends 8½ bis 10½ Uhr. Gäste willkommen. — **Sängerkorps der Deutschen Gewerbevereine (G.-D.).** Jeden Donnerstag, abends 9—11 Uhr, Versammlung im Verbandslokal im Gewerbeverein (G.-D.). — **Gäste herzlich willkommen.** — Montag, 9. Dezember, Bühlauer. Ab 9 Uhr, bei Preuß, Dresdener Straße 10, Vorstandswahl. — Dienstag, 10. Dezember, Maschinenbau- u. Metallarbeiter (Schwefelkohle-Diskutierclub). Ab 8½ Uhr Stumpa, Rückertstraße 20. Vortrag des Kollegen Hahn über: "Das Harten des Staats". (Fortsetzung.) — Gäste (nur Gewerbevereiner) willkommen.

Orts- und Mitgliedsverbände.

Henne (Ortsverband). Jeden 1. und 3. Sonntag im Monat, nachm. von 4—5½ Uhr, im Lokal bei Herrn Willi Schulte-Baierl, Diskutierstunde. — **Nachen (Diskutierclub).** Jeden Sonnabend, 9 Uhr, Sitzung bei Albert "Jägerhof". — **Hamburg (Ortsverband).** Jeden Mittwoch, abends 8½ Uhr präz. in Hüttmanns Hotel, Voßstraße, Diskutierstunde. — **Spanien (Diskutierclub der Deutschen Gewerbevereine, G.-D.).** Jeden Dienstag, abends 8 Uhr, im Verbandslokal zur Palme, Ritterstraße, Sitzung. Gäste willkommen. — **Wesenskirchen (Sängerkorps der Deutschen Gewerbevereine).** Jeden Sonnabend, 9 Uhr, Brode, im Befehlsstabslokal Pieper (früher Eltert), Schalter- und Floristraße-Ecke. Gäste herzlich willkommen. — (Diskutierclub). Die Sitzungen finden jede Woche Mittwochs, abends 8½ Uhr, im "Prinz von Preußen" statt. — **Brandenburg (Diskutierclub).** Sitzung jeden 1. und 3. Sonntag im Monat, vormittags von 10—12 Uhr bei Schmidt, Kurfürst. 51. In der nächsten Sitzung hält Herr Professor Scheibel Vortrag. — **Hagen und Umgegend (Diskutierclub).** Jeden Sonnabend, abends 8½ Uhr, Sitzung bei Strohmeyer, Kirch- und Bergstr. Ecke. — **Nachen (Ortsverband).** Jeden dritten

Sonntag im Monat (11 Uhr) Vertretersitzung in Nachen, Süderstr. 72, Restaurant "Zur Post". — **Wahlheim a. Nahr (Ortsverband).** Sonntag, 8. Dezember, vorm. 10 Uhr, Vertretersitzung b. H. Sodermann, Währing. — **Hannover-Linden und Umgegend (Ortsverband).** Sonntag, 8. Dezember, nachm. 6 Uhr, Ortsverbandssitzung im Verbandslokal Königsworth, Schubistr. 12. L. O. darf nicht. Die Kollegen werden dringend erinnert, zahlreich zu erscheinen. — **Deßau (Ortsverband).** Sonnabend, 2. Dezember, ab 8½ Uhr, Diskutierstunde im Café Japan. Vortrag vom Herrn Reichsbauarzt Hesse über: "Das neue Reichsvereinigungsgesetz".

Literatur.

Eingegangene Bücher und Proschriften. Genauerer Beipreisung einzelner Werke bleibt vorbehalten. Das Schuhzoll- und Wismutienproblem. Von G. Heileshofen. Verlag: Paul Reubner in Köln a. Rhine.

Die Sicherung der Forderungen der Kerna der Mittelstandsförderung. Vorschlag zum Reichsgegenentwurf von Baumeister Gustav Baumgärtel. Verlag: Rudolf Kraut in Dresden. Preis 1 M.

Arbeiterversicherung und Alterslos. Von Bundesversicherungsamt Hanau. Verlag: Deutschlands Großlage II des J. C. O. L. in Hamburg. Preis 20 Pf.

Der deutsche Beamte und sein Staatsbürgerecht. Von Dr. Ernst Lehmann. Verlag: J. Siegel in Freiburg (Boden). Preis 80 Pf.

Technischer Fortschritt und soziale Gesundheit. Von Dr. Willi Hellbach. Verlag: Carl Röckoldt in Halle a. S. Preis 75 Pf.

Deutsche Weltpolitik und die Mitteln zu ihrer Durchführung. Von Kaufmann Helbig und Reg. Rat Dr. Poensgen. Verlag: Geschäftsführer des Reichsverbandes der nationalliberalen Jugend in Köln a. Rh.

Grundriss der Sozialreform. Von Dr. Hugo Engel. Verlag: Ferdinand Schöningh in Paderborn. Preis 4 M.

Die Liebe und die Freuden. Von Dr. phil. Helene Göder. Verlag: J. C. C. Braun in Minden. Drittel.

Damon und Pythias. Von theoretisch zum praktischen Darwinismus. Von Heinrich Driesmann. Deutsches Verlagsbuchamt Berlin-Charlottenburg. Preis 8,50 M.

Die deutschen Arbeitgeber-Verbände. Von Dr. Gerhard Kehler. Verlag von Duncker & Humblot in Leipzig.

Anzeigen-Teil.

■ Insätze werden nur gegen vorherige Bezahlung aufgenommen. ■

Verband der Deutschen Gewerbevereine (G.-D.-Dunker).

In unserem Verlage erscheint in einigen Tagen:

Weltanschauung

und

Arbeiterbewegung.

Ein Wort der Auflärung an die deutschen Arbeiter
und alle wahren Volkssfreunde

von

Karl Goldschmidt,

Vorsitzender des Verbandes der Deutschen Gewerbevereine.

Die Schrift fügt die im "Gewerbeverein" erschienenen Artikel zusammen. Jeder Gewerbeverein sollte das Büchlein jederzeit zur Hand haben. Für Mitglieder beträgt der Einzelpreis pro Stück 10 Pf., 10 Exemplare kosten 80 Pf., 50 Exemplare 3,50 Pf., 100 Exemplare 6 Pf., 200 Exemplare 10 Pf., 500 Exemplare 25 Pf., 1000 Exemplare 45 Pf. Der Beitrag ist bei der Bestellung einzufügen an unseren Verbandsaufsitzer Rudolf Klein, Berlin N.O. 55, Streifwalderstr. 221/22.

Frauen-Begräbniskasse

des Verbandes der Deutschen Gewerbevereine
(G.-D.-Dunker).

Generalversammlung am 23. Februar 1908, vorm. 9½ Uhr,
in Berlin, Streifwalderstr. 221/223, im Verbandshaus.

Tagesordnung:

Bericht der Hauptreviseure. Wahl des Vorstandes und der Finanzmänner. Wahl der Kreisforscher und der Kreisfrauen. Wahl des Obmanns und dessen Stellvertreter für das Schiedsgericht. Beratung und Beschlusssitzung der eingegangenen Anträge. Anträge müssen bis zum 12. Januar 1908 zu Händen des Hauptkassenrates Rudolf Klein, N.O. 55, Streifwalderstr. 22/23 eingereicht sein.

Zum § 23 Abs. 2 werden die weiblichen Mitglieder durch ihre Gemahnen, Väter und Brüder, oder von einem anderen Gewerbevereinsmitglied vertreten, und werden leichter hierdurch eingeladen.

2. Gerold, R. Klein, R. Hirsch,
I. Vorsitzender. Hauptkassierer. Hauptkassenrat.

Haushaltlicher Redakteur: Seeger Seewin, Berlin N.O., Streifwalderstr. 221/22. — Stand und Verlag: Goedecke & Gallinet, Berlin W., Potsdamerstraße 110.

Verband der Deutschen Gewerbevereine.

Donnerstag, den 12. Dezember 1907, abends 8 Uhr
im Verbandshaus der Deutschen Gewerbevereine,
Streifwalder Straße 221/222.

Große öffentliche

Gewerbevereins-Versammlung.

Das Vereinstrekt und andere Fragen.

Referenten: Reichs- und Landtagsabg. Justizrat Albert Träger und Generalsekretär Gustav Hartmann.

Wir ersuchen heute schon unsere Kollegen, davon Notiz zu nehmen und einen jährlichen Besuch der Versammlung vorzubereiten.

Der geschäftsführende Kassierer.

3. K. Karl Goldschmidt.

Verbandsgenossen

laufen

niemals nach 8 Uhr abends

und sorgt, daß auch die Mitglieder der Familie alle Einsätze vor 8 Uhr abends machen. Der Verein der Deutschen Kästenleute wird dadurch unterstützt in seinem Streben auf Erfüllung des Nichtarbeitschutzes.

Höbeln. Durchreisende erhalten in der Herberge „Zur Heimat“ freies Nachquartier und Frühstück. Karten sind beim Kollegen Henkel in Streifwalderstr. 221/22 erhältlich, Zwingergasse, zu entnehmen.

Weisenfelde a. G. (Ortsverband). Durchreisende Kollegen erhalten Übernachtung, Nachquartier und früh Kaffee. Karten bei E. Fischer, Leipzigstr. 28.

Cottbus. (Ortsverband). Durchreisende Gewerbevereinskollegen erhalten eine Reiseunterstützung von 50 Pf. bei dem Ortsverbandsaufsitzer Friedrich Rohr, Nordstraße 10. Karten bei E. Habermann, Kloststr. 29, Hof.

Spanien (Ortsverband). Durchreisende Kollegen erhalten Übernachtungskosten in den Arbeitsnachwuchs-Sälen der Sektionen: Syst. Karnack-Hochfeld, Glash. Erfolge, Ansichtsendungen, Prospekte und Ausstellungsschriften gratis und frank.

Fahnen, Vereinsabzeichen,
Schilder u. a. schön
und billig bei
T. Berke, Oppeln.

Hohen Nebenverdienst

kann sich jeder techn. u. kaufm. Angestellte auf vornehme, durchaus nicht anstößige Weise erwerben. J. Emil Andreu, Potsdam 44.

Straßburg (Ortsverband). Herb. am Helmst. Viehstraße. Karten bei C. Sülkowits, Sülkowitsstr. 20.

Wilhelmshaven (Ortsverband). Durchreisende Kollegen erhalten Unterstützung. Karten bei Heinr. Südlé, Büro bei Wilhelmshaven, Göthestraße 7.

Hannover u. Umgegend. (Ortsverband). Durchreisende Kollegen erhalten Sommer wie Winter 75 Pf. bei Gust. Guber, Große Burgstr. 14.

Chemnitz. Der Arbeitsnachweis sowie die Ausgabe des Ortsverbandsabzeichens befindet sich bei Ernst Körpe, Sogenstr. 17/III Sprech.: mittwochs von 12—1, abends von 7—9 Uhr.

Hohenmölsen u. Umgegend. (Ortsverband). Durchreisende Gewerbevereinskollegen erhalten eine Reiseunterstützung von 50 Pf. bei dem Ortsverbandsaufsitzer Friedrich Rohr, Nordstraße 10. Karten bei E. Habermann, Kloststr. 29, Hof.

Bauschlosserei, Knaufschlosserei u. Kunstschmiederei, Lokomotiv-Werkstatt, Hoch- und Tiefbau, Elektrotechnik, Installation, Bergbau, Glasserfeinmechanik, Bau-Kunst u. Möbel-Handel, Stahlbau- und Stahlmetallverarbeitung durch d. techn. Selbstunterrichtswerkstatt Syst. Karnack-Hochfeld, Glash. Erfolge, Ansichtsendungen, Prospekte und Ausstellungsschriften gratis und frank. Syst. Karnack-Hochfeld, Petersdorf L. C.

sonder, wenn sie sie prüfen, einstellig die Entscheidung zu treffen. Ich sage: glücklicherweise gibt es auch in Deutschland schon Organisationen und zwar größere Verbände, die sich denn doch nicht verschließen, daß der Abschluß von Tarifverträgen eine sehr verdienstliche Sache ist, doch da, wo Tarifverträge abgeschlossen sind, die Unternehmer will gleichbleibenden Arbeitsbedingungen und Produktionsfolgen richten können. Sie sind dann nicht den Schwierigkeiten ausgesetzt, wie sie heute vielfach eintreten. Sie sind auch gegen Arbeiterschwäche, ebenso wie die Arbeiter gegen Ausperrungen, für die tarifmäßige Regelung seit einigermaßen gesichert. Diese Vorteile verlieren wir durchaus nicht; wir streben sie mit an und wünschen nur, daß die Stadtvorstanderversammlung sich mit ihrer Weisheit an unsere Seite stelle. Es sind zum Beispiel die Arbeitgeber der Baubetriebe, die, obgleich ja auch in diesem Jahre wieder Ausperrungen stattgefunden haben und mit Streiks gedroht wurde, doch einer ruhigen Auffassung der Sache geworden gezeigt haben. Sie haben auf ihrem Verbandsblatt über die Tarifverträge eine Resolution¹⁾ angenommen. Dieße lautet:

Mehrige, friedliche Arbeitsverhältnisse auf dem Grundlage gültlicher Nebeneinkommen sind das erste wertvolle Ziel. Die Mängel der Tarifweinsicht treten gegen ihre Vorlage zurück. Ein Tarifabschluß ist immer zu empfehlen. Die Baubetriebe sind keine Ausnahmen, man kann die Arbeiter in unserem Gewerbe nicht so von oben herab behandeln. Die Arbeiterschaft ist als gleichberechtigt anzuerkennen. Der Verhandlung mit den Betreibern der Arbeitersorganisationen darf nichts im Wege stehen. Der beste Boden, auf dem sich friedliche, geordnete Gewerbeverhältnisse aufbauen lassen, sind dezentrale Gewerbeverbände, die geben auch die kleinste Gewähr, meine Herren, wir möchten, daß alle Unternehmer sich auf den Boden ihres Handwerksvereinsschlusses stützen; aber dann müssen wir auch wünschen, daß die Arbeiter ein gleiches tun, dann darf es aber nicht verhindert werden, wenn die Arbeiter von der praktischen Verwaltung dieses Prinzips aus sozialdemokratischen Gründen abweichen. Das ist z. B. bei der sozialdienstlichen Bewegung in Berlin geschehen. Und bei dem jüngsten Kampf im Bauamt gehen wir in Berlin wollen die Börger der Organisationen mit den Unternehmern eine Vereinigung herstellen, dem aber die sozialistische Presse entgegensteht. Die Arbeiter in Berlin lesen alle Tage, sowohl sie der sozialdemokratischen Organisation angehören, den "Vorwärts", und im "Vorwärts" wollte man es anders. Es ist geradezu eine Unglücks für die deutschen Arbeiter, daß sie in ihrer praktischen Bewegung zur Verfestigung ihrer Lage in so großer Weise den politischen Einfluß der sozialdemokratischen Presse unterliegen.

Diese Resolution sollen alle Unternehmer etwas mehr prüfen und zu der Erkenntnis kommen, daß es richtig sei, sich auf den Boden dieser Resolution zu stellen. Mit dem Augenblick, wo die Arbeiter als gleichberechtigte Partner in dem wirtschaftlichen Kampf in den Kommissionen und im Stadtvorstand anerkannt werden, ist ein großer Teil dessen, was heute noch unter dem Namen des Klassengenossen, der sich mindestens bis zum Klassengenossen steigert, bekannt ist, definitiv. Es liegt also hier in der Hand der Unternehmer, diese Dinge zu glätten, und die Stadtvorstanderversammlung darf es gewiss nicht soviel Mühe kosten, um diese Friede einzuführen.

Im Namen meiner Partei antwortete darauf unser Kollege Goldschmidt, doch seine Freunde im Interesse des Antrags Ausdrucksberatung wünschten. Unser Kollege fuhr dann fort:

Meine Herren, ich war in hohem Maße erfreut über die ganze Art, wie der Herr Kollege Bannau auf den Standpunkt der friedlichen Verständigung zwischen Unternehmen und Arbeitern hier versteht. Ich habe das sehr wohl anders erwartet und möchte es anders erwarten, weil Herr Bannau als Sozialdemokrat auf dem Boden des Klassenkampfes steht, und Klassenkampf und friedliche Verständigung zwischen Unternehmen und Arbeitern zwei so verschiedene Dinge sind, daß man sie nicht als in Übereinstimmung stehend ansiehen kann. Wer auf dem Boden des Klassenkampfes steht, kann eigentlich nicht eine solche Rede halten, die man jedenfalls vor gar nicht langer Zeit gerade in jenem Lager als Harmonie und Friede bezeichnet hätte. Wahrscheinlich würde man ebenfalls dem Herrn Kollegen Bannau gefragt haben: du stehst ja nicht auf dem Boden des Klassenkampfes, du stehst vielleicht auf dem Standpunkt der sogenannten Harmoniepolitik. Meine Herren, wenn mein unvergleichlicher Freund, der verstorbene Dr. Moritz Pirch, noch lebte und die Rede des Herrn Bannau gehört hätte, so würde er sicherlich meine Freude und mein Staunen geteilt haben.

Meine Herren, ich sehe damit fest, daß, wenn der Kollege Bannau den Tarifverträgen ein Loblied singt, dies eine Verleugnung seines parteilichen Standpunktes des Klassenkampfes ist. Die sozialistische Literatur über die Tarifverträge geht von sehr verschiedenen Anschauungen an die Sache heran. Ein Teil der sozialistischen Schriftsteller ist der Meinung, die Tarifverträge hätten gewissemassen nur die Bedeutung eines Waffenstillstandes, das die Gewerkschaften wieder Zeit fänden, ihre Rechte aufzufüllen, das wäre keine prinzipielle Anerkennung der Tarifverträge, während Herr Bannau heute die Tarifverträge vorsätzlich als gut bezeichnet hat. Andere sozialistische Schriftsteller stellen für den Herrn Bannau grundsätzlich auf dem Boden der Tarifverträge, um wie das immer von meinen Freunden und mir ausgeführt wurde — dadurch die Anerkennung der bürgerlichen Gleichverteilung zwischen Unternehmen und Arbeitern zum Ausdruck zu bringen.

Meine Freunde stehen nach wie vor auf dem Standpunkt, den ich damals in ihrem Namen bei Begründung meines Antrages eingenommen habe. Wir sind der Meinung, daß die Tarifverträge durch die Behörden zu för dern sind, weil wir glauben, daß die Friedliche Verständigung zwischen Unternehmen und Arbeitern den schweren wirtschaftlichen Kämpfen immerhin vorzubeugen ist.

Meine Herren, es gibt aber neuerdings Verträge, die mir eine Sicherung durch staatliche und bürgerliche Behörden nicht wünschenswert erscheinen lassen. Ich habe in meiner Rede, auf die sich Herr Kollege Bannau bezogen hat, auf die deutschen Buchdrucker und ihren Tarifvertrag hingewiesen und ihn als das Musterbeispiel, das Unternehmen und Arbeitnehmer aller Branchen nachzuahmen hätten, hingestellt. Das lasse ich, soweit die Arbeitsbedingungen in

Betracht kommen, heute noch gelten. Indessen mache ich daran aufmerksam, daß in den Tarifvertrag der deutschen Buchdrucker ein § 4 aufgenommen ist, wonach dieser Tarifvertrag nur zwischen dem Reichspalaisverein und dem Verband der deutschen Buchdrucker gilt, die übrigen Organisationen der Buchdruckergruppe aber nicht als gleichberechtigt anzusehen sind. Es heißt das in der praktischen Bedeutung, daß nur der Gesell in Zukunft bei einem tarifreinen Unternehmer Beschäftigung erhalten darf, der dem Verband der deutschen Buchdrucker beitreibt. Man nimmt dem Gesell damit die Freiheit der Entscheidung, berügenden Organisation anzugehören, der er nach seiner Überzeugung angehört, und einen solchen Organisationen § 4 ang. Herr Kollege Bannau, werden meine Freunde und ich niemals billigen. Wir werden also, soweit Buchdruckerarbeiter in Berlin durch die Stadt zu vergeben sind, die Beratung Ihres Antrages die Frage zu prüfen haben, ob die Stadt Berlin einen solchen Organisationszweig irgendwie unterstützen kann.

Gewiß, meine Herren, wir möchten, daß alle Unternehmer sich auf den Boden ihres Handwerksvereinsschlusses stützen; aber dann müssen wir auch wünschen, daß die Arbeiter ein gleiches tun, dann darf es aber nicht verhindert werden, wenn die Arbeiter von der praktischen Verwaltung dieses Prinzips aus sozialdemokratischen Gründen abweichen. Das ist z. B. bei der sozialdienstlichen Bewegung in Berlin geschehen. Und bei dem jüngsten Kampf im Bauamt gehen wir in Berlin wollen die Börger der Organisationen mit den Unternehmern eine Vereinigung herstellen, dem aber die sozialistische Presse entgegensteht. Die Arbeiter in Berlin lesen alle Tage, sowohl sie der sozialdemokratischen Organisation angehören, den "Vorwärts", und im "Vorwärts" wollte man es anders. Es ist geradezu eine Unglücks für die deutschen Arbeiter, daß sie in ihrer praktischen Bewegung zur Verfestigung ihrer Lage in so großer Weise den politischen Einfluß der sozialdemokratischen Presse unterliegen.

Und das die gewerkschaftlichen Organisationen das sehr wohl längst empfinden, geht aus den Erfahrungen hervor, die, wenn der Kampf beendet ist, in die Öffentlichkeit kommen. Ich brauche nur an den Artikel in der "Metallarbeiterzeitung" sozialdemokratischer Richtung nach dem großen Kampf in der Weltmetallindustrie zu erinnern. Es wurde in diesem Artikel ausdrücklich gesagt, daß es innerhalb der organisierten Arbeiterschaft sehr viele friedlich gebliebene Elemente gäbe, die sich aber nicht herausstraten — selbst die leitenden Funktionäre der Organisationen nicht —, dem Frieden das Wort zu reden, wie das Herr Kollege Bannau in offizieller Weise heute schon tat, weil es eine Sache ist, die nicht radikal zu sein. Es wurde in diesem Artikel lebhaft über die ungünstige Beeinflussung der Arbeiterschaft durch die sozialistische Presse und durch die sozialistischen Parlamentsreden geflacht, die den Arbeitern eine Macht einredeten, die sie gar nicht besaßen. Kurz und gut, ich darf sagen: es wäre für den sozialen Frieden, für den wirtschaftlichen Fortschritt in Deutschland als ein großes Glück zu bezeichnen, wenn Arbeiter und Arbeitgeber auf dem Standpunkt ständen, sich friedlich zu verständigen, Tarifverträge abzuschließen und auf beiden Seiten zu halten. Aber, meine Herren, das wird sich in vollem Maße möglich sein können, wenn die sozialistische Presse aufgehört hat, ihren Einfluß auf die Arbeiter auszuüben; denn die Kreise der Organisationen werden immer wieder durch die Verbreitung gesetzte, die in der sozialistischen Presse inszeniert wird.

Meine Herren ... ich bin durchaus der Meinung, daß die Stadt auf sozialpolitischen Gebiete manchmal noch mehr zu tun hat, als bisher geschehen ist. Ich will darüber im einzelnen nicht rechnen. Vielleicht hat auch der Knüppel beim Hunde gelegen, wenn die Mittel nicht vorhanden waren. Es wird aber der praktischen Beratung vielleicht möglich sein, mancherlei Mittel noch frei zu machen, um eine ernste sozialpolitische Tätigkeit zu betreiben, mit der wir bereits auf vielen Gebieten — das muß ich anmerken — anderen Gemeinden gegenüber musterhaft vorzugehen sind.

Es ist nicht richtig, wenn man immer so tut, als wenn die Stadt Berlin auf diesen Gebieten rückständig ist. Erst behaupten es die Sozialdemokraten, nachher spricht es Professor Wagner nach; aber richtig ist es darum nicht. Wir können und auf sozialpolitischen Gebieten vor manchen anderen größeren Städten des In- und Auslandes durchaus lehren, ja, wir können ihnen ein Vorbild sein; aber das sollte nicht aus, daß wir in anderen Städten nicht der Spitze stehen. Deswegen haben wir als ernste Sozialpolitiker die Aufgabe, hier fortgeschritten zu wirken, damit nicht nur in gewissen, sondern in allen Fragen die Stadt Berlin anderen Gemeinden musterhaft vorsteht.

(Schwester Seiff)

Wir haben auch die Rede unseres Kollegen Goldschmidt mit Rücksicht auf den Raum nach dem amtlichen Stenogramm hier nur auszugsweise wiedergeben können. In der Agitation wird das Material sehr gut zu verwerten sein, insbesondere da, wo man in radikalen Phrasen macht und uns "Harmonie-apostel" nennt. Da geht man den Schwedenreuren, wie die "Zielbewußten" sich förmlich begeistern für den Frieden zwischen Unternehmen und Arbeitern. Das heißt, sie tun es nur da, wo sie sich mit ihrem Radikalismus lächerlich machen würden. Da halten sie ihr Dogma des Klassenkampfes in der Tasche verborgen und machen Anleihen bei den Prinzipien der Gewerkschaften.

Die Erhöhung des ortsüblichen Tagelohnes
für den Stadtteil Berlin sowie eine einheitliche Regelung für Groß-Berlin, d. h. für Berlin und die Vororte, bewegt folgende Petition, die der Verband der Deutschen Gewerkschaften an den Oberpräsidenten der Provinz Brandenburg abgestellt hat:

Berlin, den 1907.
An den
Herrn Oberpräsidenten der Provinz Brandenburg
in Potsdam.

Der unterschiedliche Verband der Deutschen Gewerkschaften gestattet sich unter seinem nachstehenden Antrag zu unterbreiten:

Nach § 8 des Strafversicherungsgesetzes legt der Herr Oberpräsident der Provinz Brandenburg für die Stadt Berlin die ortsüblichen Tagelöhne gewöhnlicher Tagearbeiter fest. Diese ortsüblichen Tagelöhne haben eine hohe Bedeutung für die Arbeiter, weil verschiedene andere Orte ihre Leistungen in einem bestimmten Verhältnis zum ortsüblichen Tagelohn festlegen. Das gilt neben der Strafversicherung, für die meisten Leistungen aus der Invalidenversicherung, für einen Teil der Leistungen aus der Unfallversicherung, für die Unterstützung der Angehörigen der zu Friedensübungen eingesetzten Mannschaften u. a. m. Es ist also für die Arbeiter von erheblicher Bedeutung, daß der ortsübliche Tagelohn möglichst nach den tatsächlichen Verhältnissen bestimmt werden soll.

Somit der Bekanntmachung im "Centralblatt für das Deutsche Reich", herausgegeben im Reichstag des Jahres

im 33. Jahrgang Nr. 54 vom 29. Dezember 1905, beträgt der ortsübliche Tagelohn im Stadtteil Berlin für männliche Arbeiter über 16 Jahre 2,90 Mk., für weibliche Arbeiter über 16 Jahre 1,60 Mk. und für die betreffenden Kategorien unter 16 Jahren 1,40 Mk. bzw. 1,10 Mk.

Das entspricht nicht mehr den heutigen Verhältnissen. In den letzten Jahren haben sich die Löhne der arbeitenden Bevölkerung und den insgesamt gestiegenen Lebensmittel- und Wertspreisen in allgemeinen angepaßt.

Wenn die Arbeiter nicht bemächtigt werden sollen, ist nötig, daß der von unten herauf geschaffene ortsübliche Tagelohn diesen Verhältnissen Rechnung trägt und entsprechend erhöht wird. Schon eine ganze Reihe Provinzialstädte hat diese Erhöhung vorgenommen. Düsseldorf, Köln und andere Städte des Westens haben bereits länger als Jahresfest eine ortsübliche Tagelohn von 3,50 Mk., Bremerhaven hat einen solchen von 3,00 Mk. Sogar eine Mittelstadt wie Solingen hat einen ortsüblichen Tagelohn, der mit drei Mark höher ist als in Berlin. In diesen Städten dürften aber die Löhne erheblich niedriger sein als in Berlin. Wir glauben deshalb beizutragen zu müssen:

Euer Exzellenz möge veranlassen, daß der ortsübliche Tagelohn erhöht wird nach folgenden Sätzen:
für erwachsene männliche Arbeiter auf 4,00 Mk.
weibliche " " 2,50 "
jugendliche männliche " " 2,00 "
weibliche " " 1,80 "

Wir sind bereit, daß Euer Exzellenz es wünschen, statthabende Schätzungen in Gablen zu machen, daß die beauftragten Säthe den tatsächlich gezahlten Sätzen entsprechen, ja noch hinter ihnen zurückbleiben. Euer Exzellenz wird daher eine Umfrage bei den örtlichen Sektionen der Gewerkschaftsgemeinschaft ein ähnliches Ergebnis erhalten.

Wir gestatten uns ferner, auf folgendes aufmerksam zu machen: Für eine ganze Reihe Orte in der näheren Umgebung von Berlin beträgt der ortsübliche Tagelohn nicht einmal 2,90 Mk. Niederschönhausen, Treptow, Zehlendorf, Rosenthal, Adlershof und eine Reihe anderer Orte haben nur einen ortsüblichen Tagelohn von 2,50 Mk. für männliche, erwachsene Arbeiter. Wir halten das nicht für gerechtfertigt. Gewerbe- und Betriebsverhältnisse sind in Berlin derart, daß Groß-Berlin als ein einheitliches Gebiet behandelt werden muß. Es ist darum nicht zu rechtfertigen, daß ein Arbeiter, der in Berlin wohnt, aber in Riederschönhausen arbeitet, nur einen ortsüblichen Tagelohn von 2,50 Mk. angerechnet erhält, während im ununterbrochenen Ballungsraum derselbe berechnet werden soll. Nach den Lebensmittel- und Wertspreisen müßte eher das Entgegengesetzte der Fall sein.

Wir beantragen deshalb, um ganz Groß-Berlin eine einheitliche Belebung zu treffen.

Wir haben die Petition deshalb in ihrem Wortlaut zum Ausdruck gebracht, weil an zahlreichen Orten eine Erhöhung der ortsüblichen Tagelöhne gewünscht und von unseren Ortsvereinen und Ortsverbänden erstrekt wird und häufig diesbezügliche Anfragen an das Verbandsbüro gelangen. Die Kollegen haben nun einen Anhalt, in welcher Form derartige Einlagen zu gewähren erweisen zu müssen, wobei natürlich den örtlichen Verhältnissen gebührend Rechnung getragen werden muß.

Allgemeine Rundschau.

Dienstag, 10. Dezember 1907.

Die Auschusswahlen in den Gewerkschaften sind wohl zum allergrößten Teil nunmehr vollzogen oder werden doch sicherlich am kommenden Sonnabend vorgenommen. Noch immer aber ist die Zahl der Vereine, welche die Adressen der Empfänger des "Gewerkschaftsblattes" dem Verbandsbüro gemeldet haben, verhältnismäßig gering. Trotz wiederholter und dringlicher Mahnungen ist eine große Zahl von Gewerkschaften noch im Aufzuge. Von einer regelmäßigen und plakativen Aufstellung des Organs gleich am Anfang des nächsten Quartalsjahrs kann in diesen Fällen nicht mehr die Rede sein. Die Sache dafür aber trifft die Schmäler selbst. Um aber überhaupt allen Gewerkschaften die ihnen zu-

¹⁾ Wie sehr diese Resolution mit den Tarifverträgen in Widerstreit steht, zeigt unter heutiger Verhältnis. Tarifverträgen behalten die gewöhnlichen Ausführungen ihrer Geltung. (D. Red.)

stehende Anzahl von Pflichtexemplaren zulassen lassen zu können, richten wir nun nochmals das erste Gründen an die betreffenden Vereinssekretäre, endlich ihrer Pflicht zu genügen und umgehend die Adressen der Organempfänger dem Verbandsbureau zu melden.

Verbandsgenossen und -genossinnen in Berlin und Umgegend: Denkt an die Versammlung, die am Donnerstag, abends 1 Uhr, im Verbandsbureau, Greifswalderstr. 221/23, stattfindet, und erinnert in Mosen! Abg. Albert Ertager und Generalsekretär Gustav Hartmann sprechen über: „Das Vereinsrecht und andere Fragen“. Um unseren Nachdruck zu verstehen, ist es erforderlich, daß der Beifall der Versammlung ein recht starker ist. Wir appellieren deshalb heute nochmals an das Pflichtgefühl der Kollegen und fordern zu gährendem Er scheinen auf.

Was für der „Vorwärts“ für Männer ausfinden läßt. In seiner heutigen Dienstagnummer (10. Dezember) schreibt er:

Hirsch-Duischerische Programmskizze.

Wie uns aus Zena gemeldet wird, ist der National-Ökonom Professor Hirsch vom Generalrat der Deutschen Gewerbevereine aufgefordert worden, für diese ein neues Programm auszuarbeiten.

Rom sollte meinen, daß diese Arbeitervororganisation, die auf eine 40-jährige Erfahrung zurückblicken kann, jetzt imstande wäre, sich ein Programm zu schaffen, zumal doch die Politik und Sozialpolitik für das moderne Proletariat wahrhaftig im Reich mehr ist! Immerhin beweist diese Sache nach neuen Zielen, daß die Hirsch-Duischerischen Gewerbevereinen mit ihrem alten Programm nicht mehr auskommen zu können glauben.

Unserer Generalrat der Deutschen Gewerbevereine ist von einer solchen Aufforderung weder an Herrn Professor Hirsch noch an sonst eines Rationalökonomen etwas bekannt. Unter Verbandsstag 1907 hat selbständiger ein neues Programm aufgestellt. Wenn der „Vorwärts“ sich nur einigermaßen über die praktische Arbeitervbewegung auf dem Laufenden hält, dann würde er davor gefeit sein, daß ihm solche Säien aufgebunden werden könnten.

Die Stellungnahme des Zentralrats zum Reichsvereinigungs- und zur preußischen Wahlrechtsreform gibt Blätter vom Schlag des christlich-sozialen Reichs-Beratung, sich über die Neutralität der Deutschen Gewerbevereine zu motieren. Diese Zei tungen, die im Interesse der christlichen Gewerkschaften tätig sind, wissen offenbar nicht, was Neutralität bedeutet. Wir verstehen darunter völlig Unabhängigkeit in kirchen- und parteipolitischer Beziehung und gegen diese Unabhängigkeit beschäftigt in keiner Weise unsere Stellungnahme zu den genannten Fragen. Bei der Frage des Reichsvereinigungsgefege faßt dieselbe überhaupt nicht zweckmäßig ein, ebensowenig aber in der Frage der preußischen Landtagswahlreform. Das Streben der Arbeiter ist gerichtet auf wirtschaftliche und politische Gleichberechtigung. Diese letztere wird uns verlogt in erster Linie durch das Dreiflusswahlsystem. Deswegen müssen wir dagegen Front machen. Der Arbeiter, der zu allen Lasten am meisten herangezogen wird, der seinen Verpflichtungen dem Staat gezwungen so gut als kommt wie jeder andere Staatsbürger, der kann auch verlangen, daß er bei der Verwaltung des Landes dasselbe Mitbestimmungsrecht hat wie jeder andere. Deswegen muß er gegen das Dreiflusswahlrecht Stellung nehmen. Wie darin ein Beruf gegen die Neutralität erbracht werden kann, ist uns unsichtbar.

Mittelstandsbüttler gab es im Reichstag Ende der vergangenen Woche, nachdem sich die Wogen der Erregung, die bei der Erörterung einer bedeutsamen Höhe erreichten, wieder gelegt hatten. Auf der Tagesordnung stand ein Antrag des Zentrums, der eine stärkere Förderung des Handwerks verlangte durch Abgrenzung der Begriffe Handwerk und Handarbeit, Heranziehung derjenigen Fabriken, die handwerklich befehligen zu den Handwerksorganisationen, Regierung der Leibnizfrage und des Submissionswetts, Schutz gegen unlauteren Wettbewerb usw. Nach dem Abg. Trimborn, der als herausragendster Sozialpolitiker des Zentrums diese Forderungen berichtet, erhoben sich die Redner aller übrigen Parteien, um ihre Handwerkerfreundlichkeit zu betonen, so daß schließlich ein allgemeines Bettekommen um die Gunst des Mittelstandes stattfand. An Versicherungen des Wohlwollens für dieselben also schätzte es waghäufig nicht, auch nicht an Mitteln, die zu seiner Förderung vorgekehrt wurden. Aber es ist leichter, dem Mittelstand freimüthige Worte zu sagen, als ihm gegenüber der Macht des Großkapitals wirklich zu helfen, weil der Mittelstand sich auch zu verschiedenen Elementen zusammensetzt. Der wirtschaftste Schutz ist jedenfalls eine verhältnismäßige Wirtschaftspolitik, die verhindert, daß den Handwerker und kleinen Gewerbetreibenden ebenso wie den Arbeiter durch indirekte Steuern der Lebens-

unterhalt erschwert wird. Ferner muß den von der gesamten Linken erhobenen Forderungen auf Ausbau des Fach- und Fortbildungsschulwesens mehr Rechnung getragen werden.

Auf die Einzelheiten der Debatte hier einzugehen, würde den Rahmen dieser kurzen Betrachtung überschreiten. Nur einem Bunte möchte ich Ausdruck verleihen, daß nämlich die Zahl der Parteifreunde gegen die Einführung von Handelsinspektoren gegen eine recht ernsthafte sein möge. Auf liberaler Seite sollte man dieser berechtigten Forderung der Handelsangestellten keine Schwierigkeiten bereiten.

Wahlen. Bei den Stadtoberordnetenwahlen in Brünnlau wurde der Kollege Karl Gattermann gewählt, so daß jetzt die Gewerbevereine durch einen Zusammensetzung im Stadtparlament vertreten sind. — Aus Oldenburg wird und mitgeteilt, daß unter Kollege Boenigk nicht in das Gemeindekollegium, sondern in den Stadtrat gewählt worden ist. — Bei den Stadtoberordnetenwahlen in Bitterfeld wurde unter Verbandsgenosse Max Schröder gewählt. Mit ihm zieht der vierthöchste Gewerbevereiner in das Stadtparlament ein, während der letzte Sozialdemokrat ihm weichen muß.

Arbeitervbewegung. Die Seidenindustrie in Preßburg steht vor einer gewaltigen Bewegung. Weil in vier Krawattenstofffabriken die Arbeiter in den Ausland getreten sind, hat der Arbeitgeberverband der rheinischen Seidenindustrie beschlossen, sämtliche Stoffweber aufzuhören. Infolgedessen wurde am Freitag abend allen noch nicht im Ausland befindlichen Arbeitern die Rüstung zugestellt. Falls innerhalb 14 Tagen die Differenzen nicht beigelegt sind, sollen die gelärmten Fabrikanten, Appreturen und Druckereien gebunden sein, auch ihrerseits die Spalte zu verhängen. Es werden dadurch zunächst 8000 Weber, mit den Hilfsarbeitern sogar im ganzen 13 000 Arbeiter in Mitteldeutschland gesogen. — In der Textilfabrik Baumer & Co. in Mühlhausen i. E. ist ein Streik der Weber ausgebrochen, an dem ungefähr 400 Arbeiter beteiligt sind. Die Christlichen haben sich dem Streik nicht anschließen. — Die Auspaltung in der Stuhlfabrik von Lautenberg, die ein Vierteljahr andauerte, ist auf Beschluß der Fabrikanten aufgehoben worden. — In der Königlichen Regierungsbuchdruckerei in Stralsund haben die Buchdrucker zwecks Anerkennung des Tarif die Rüstung eingereicht. Der Streik der Holzarbeiter in Solingen ist nach vierjähriger Dauer für beendet erklärt worden. Die Forderung der Gehilfen auf Herabsetzung der Arbeitszeit von 9½ auf 9 Stunden wurde nicht bewilligt.

Noch 10jähriges Ausland ist der Streik der Straßenbahnen in Mailand beendet worden, nachdem die Gesellschaft einige Zugeständnisse gemacht hat. — Wegen Einführung des Abschundertages, aber mit entsprechender Lohnverkürzung, traten auf der Loirewerke in Brest (Frankreich) 200 Monteure in den Streik, so daß die geplante Verlängerung des Tarifes unbedingt verschoben wurde. — Die Buchdrucker in New York haben in nahezu 200 Betrieben die Einführung des Abschundertages durchgefeiert, und es besteht begründete Ansicht, daß auch in den wenigen anderen Betrieben die Verbesserung der Arbeitszeit durchgeführt wird. — In einer Lohnbewegung befinden sich die Buchdrucker in den größeren Städten Hollands. Sie verlangen in der Hauptstadt den Reinfundtag und eine Aufhebung ihrer Löhne. Auch die Buchdrucker haben sich zum großen Teile mit den Buchdruckern solidarisch erklärt. — In der Diamantindustrie in Amsterdam sind über 4000 Arbeiter ohne Beschäftigung. — Auch in Irland macht sich die Krise bereits bemerkbar. Juzfolge Einschränkung der Beschäftigung in den Spinnereien, bzw. Herabsetzung der Löhne, sind an 30 000 Arbeiter beschäftigungslos geworden oder in ihrem Einkommen wesentlich beeinträchtigt.

Die Gesellschaft für Soziale Reform hält am 5. Dezember eine gemeinsame Vorlesung und Ausschüttung ob unter dem Voritz des Staatsministers Freiherrn v. Berlepsch. Die Finanzlage der Gesellschaft ist nach dem Bericht des Schatzmeisters befriedigend. Die nächste Generalversammlung soll im Herbst 1908 in Frankfurt a. M. stattfinden und insbesondere sich mit der Privatauthausung beschäftigen. Zur Vorbereitung ist ein Unterausschuss eingerichtet worden, der aus zahlreichen Vertretern von Betrieben laufmännischer und technischer Angestellten aufzunehmen ist. Die einschlägigen Fragen sollen in 3 Heften der Schriften der Gesellschaft für Soziale Reform erörtert werden. Ferner sind in Aussicht genommene Schriften über: 1. Arbeit und Erziehung bei Kindern und jungen Menschen; 2. Organisation und Lohn in der Haushaltung; 3. Erweiterung und Sicherung des Koalitionsrechts; 4. Technischer Fortschritt und Arbeiterschutz. Ferner wurde mitgeteilt, daß auch für die im Herbst nächsten Jahren stattfindende

Delegiertenkonferenz der Internationalen Vereinigung für gesetzliche Arbeiterversicherung, von welcher die Gesellschaft für Soziale Reform die deutsche Sektion darstellt, die Vorbereitungen im Gange sind. Zu dem Gesetzentwurf über das Vereins- und Versammlungsrecht soll Stellung genommen werden. Zu diesem Zwecke wurde ein besonderer Ausschuß eingerichtet, dem unter anderem auch unsere Kollegen Goldschmidt und Hartmann angehören.

Reichsverband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie und Hirsch-Duischerischen Gewerbevereine. Unter dieser Überschrift brachte die von Herrn Giesberts herausgegebene „Westdeutsche Arbeiter-Ztg.“, das Organ des Verbands Katholischer Arbeitervereins Westdeutschlands, in ihrer Nummer 48 vom 30. November d. J. die aus sozialdemokratischen Blättern entnommene Schwindelnotiz, daß Mitglieder unserer Organisation sich an dem Redaktionssitz des Reichsverbandes beteiligten und überhaupt die Seele dieses Verbands seien. Das Blatt hatte daran die Vermutung geknüpft, daß man zwar der sozialdemokratischen Presse nicht alles glauben dürfe. „Die vorstehenden Behauptungen werden aber so sichtlich aufgestellt und verschont, daß sie unmöglich ganz aus den Fingern gelogen sein können.“ Inzwischen ist nicht nur von uns festgestellt, sondern selbst von der sozialdemokratischen Presse zugegeben worden, daß jene Rotk. Schwindel ist, und daß ein „zielbewußter Genosse“ die Herausgabe gespielt hat. Trotz allem haben wir in der letzten Nummer der „Westdeutschen Arbeiter-Ztg.“ (Nummer 49 vom 7. Dezember) vergeblich nach einer Richtigstellung ihrer falschen Nachricht gesucht. Der Anstand hätte es unbedingt erfordert, daß das Blatt seinen Lesern nunmehr auch den wahren Sachverhalt mitteilte. Das ist aber, wie gesagt, nicht geschehen. Röbel ist diese Kampfweise uns gegenüber keinesfalls. Sie berichtet aber um so unangenehmer, als sie von einem auf christlichem Boden siehenden Blatte geübt wird.

Die geistige Art, welche den „zielbewußten Genossen“ von ihren Redakteuren bisweilen geboten wird, verrät wirklich einen hohen Grad von Anprudellosigkeit. Vor uns liegt ein Ausschnitt aus der sozialdemokratischen „Märkischen Volksstimme“, der mit den Stadtoberordnetenwahlen in Fürstenwalde beschäftigt. Auf Basis unserer Verbandsgenossen, von denen zwei in der III. Abteilung als Kandidaten aufgestellt werden sollten, hatte unser Verbandsvorsteher der Kollege Goldschmidt daselbst den Vortrag in einer Wahlveranstaltung übernommen. Diese Laiache gab nur den genannten Blatte Veranlassung, lenne „Wip“ spüren zu lassen. Es geschieht dies aber in einer so albernen Art, daß man sich unwillkürlich in den Zirkus versetzt glaubt, in dem die Klowns ihre dummen Späße zum besten geben. Es wird da geredet vom „großen Karl aus der Metropole“, der da kommen müsse, um das Vaterland zu retten; es wird ergäßt von der Tätigkeit des „Herrn Goldschmidts als Stadtrat“, von der sich nichts Rühmendes sagen lasse, da er „immer auf der Seite der Rückwärtigen“ stand und „in seinem blinden Hass gegen die Sozialdemokratie oft genug die Früchte zertrampelte, die vom Hirsch-Duischerischen Baum sozialpolitischer Erkenntnis fielen“. Es wird ferner gesagt von der „Rückständigkeit Goldschmidts, von seinem fortgelebten Gefeiste über die fortgeschrittenen Elemente und seinem überlegenen „Reinheitsgefühl“, schließlich zu seiner Absetzung als Redakteur“ geführt hätten. Er sei, um ihm Balsam auf die Wunde zu schmieren, Vorsitzender geworden, während Lemm zum Redakteur gewählt wurde. Es ist eigentlich nicht recht zu verstehen, daß unter solchen Umständen trotzdem diese „Hirsch-Duischerische Prima donna“ — wie die „Märkische Volksstimme“ sich weiter geschmackvoll ausdrückt — nach Fürstenwalde berufen werden ist.

Widerreden braucht man von diesem Unsinn kein Wort. Man er sieht aber aus dieser schriftstellerischen Beiflung, wie verdächtig die Klagen sind, die schon seit geraumer Zeit auf sozialdemokratischen Konferenzen und Parteitagen laut geworden sind darüber, wie schwierig es sei, vernünftige Redakteure für die sozialdemokratische Presse zu bekommen. Unerträglich bleibt uns nur, wie sich die große Menge einen derartigen Quatsch wielesen lassen kann. Auf die Laiache „Volksstimme“ scheint demnach ebenso wie auf ihre Redakteur das Wort zu passen: „Sei gern sind die arm im Geiste sind.“

Ein neuer Arbeitgeberverband für die deutsche Tafelgläserindustrie und verwandten Betriebszweige ist vergangene Woche in Berlin ins Leben gerufen worden. Die neue Organisation erstreckt sich über das ganze Deutsche Reich und ist der Hauptstelle deutscher Arbeitgeberverbände angegliedert. Diese Laiache bestreit, daß die neue Gründung ihre Spur in erster Linie gegen die Arbeiterschaft richtet. Möglicherweise daraus die notwendigen Konsequenzen ziehen und ebenso für engen Zusammenhang George tragen!

Ein volkswirtschaftlicher Kursus. veranstaltet vom Gewerbeverein der Deutschen Zigaretten- und Tabakarbeiter, ist Anfang dieses Monats in Heidelberg eröffnet worden. Die Beteiligung steht nicht nur den Ortsvereinen der Zigaretten- und Tabakarbeiter, sondern auch allen anderen Berufen frei. Die Vorlesungen finden jeden Sonntag vormittags von 10—1 Uhr, im Heidelberg, Schlossmuseum 1, Schulhaus II, Blöckstr. 105, statt und dauern bis Ende März kommen Jahres. Das Programm umfasst folgende Punkte: Volkswirtschaftliche Grundbegriffe, Gewerbeordnung, Arbeiterschutzgesetze, Gewerbe- und Konsummengenricht, Rentenversicherung, Unfallversicherung, Arbeitsförderung, Tarifvertrag, Tarifvertragsrecht in Theorie und Praxis. Politische und gewerbliche Arbeitersbewegung, Konsumvereins- und Genossenschaftsweisen, Parteien und Syndikate, Politische Grundsätze, Wohnsysteme, Arbeiterssekretariate, Arbeiterschaftenfrage, Arbeitersbewegung und Weltanschauung. Geschichte der Deutschen Gewerbevereine. Wir wünschen dem Unternehmen guten Erfolg.

Berbands-Teil.

Brandenburgisch-Niedersächsischer Ausberichtungsverband (G.D.).

Bor. Spremberg.

Der Vorstand hat beschlossen, die laut Statut stattfindende Konferenz der Beiratsschwestern und Vorstandsmitglieder an einem Sonntag in der Mitte des Februar für die jahrszeitliche Ortsvereine nach Görlitz einzuberufen. Wir bedenken, gleichzeitig mit derselben für den Sonnabend abend vorher und Sonntag nachmittag eine größere Agitation in den Vereinen, welche dem Ausbreitungsverband angehören, zu betreiben. Auch denjenigen Ortsvereinen, die uns noch nicht angehören, sollen an diesen Tagen Rechte gestellt werden.

Daher ersuchen wir die geehrten Vorstände und Beiratsschwestern, diesbezügliche Anträge sobald wie möglich, spätestens aber bis zum 15. Januar, unter Bekanntgabe des gewünschten Themas und der Zeit dem Vorstand zu geben zu lassen, damit wir uns darauf einrichten können.

Mit geschäftsmäßigem Gruss.

Der Vorstand.
B. Neugebauer, B. Matthäus & Co.,
Vorsitzender.

Versammlungen.

Berlin. Diskussionsclub der Deutschen Gewerbevereine (G.D.). Verbandshaus der Deutschen Gewerbevereine, N.O., Greifswalderstr. 221/223. Sitzung jeden Mittwoch, abends 8½ bis 10½ Uhr. Vortrag des Kollegen Seim über: "Die politischen Parteien Deutschlands". Gäste willkommen. — Sängerkonzert des Deutschen Gewerbevereine (G.D.). Jeden Donnerstag, abends 9 bis 11 Uhr, Übungskunst im Verbandsbau der Deutschen Gewerbevereine (G.D.).

Jeden Dienstag, abends 8 Uhr, Übungskunst im Verbandsbau der Deutschen Gewerbevereine (G.D.).

Diskussionsclub Wroclaw. Freitag, 13. Dezember, abends 8 Uhr. Sitzung des Robot, Waldstr. 53. Vortrag des Kollegen Siegel über: "Arbeiter als Schöpfer und Geschworene". Gäste willkommen. Sonnabend, 14. Dezember.

Wachsmanns- und Metallarbeiter I. Ab. 8½ Uhr bei Weichert, Freig. 69, Betraum. mit Damen. L.O.: Vorschläge eines Kandidaten zum nächsten Delegiertentag. Vortrag des Herrn Seitz: "Wie dem Reichspostamtmann König Albert nach Japan". Legte Anmeldung zur Weihnachtsfeier ein. — Wachsmanns- und Metallarbeiter II. Ab. 8½ Uhr, Druckstr. 36a. L.O.: 1. Mitteilungen. 2. Monatsbericht. 3. Vorschläge eines Kandidaten zum Delegiertentag. 4. Werkstattanträgen. 5. Bericht. — Wachsmanns- und Metallarbeiter III. Ab. 8—10 Uhr. Zahlabend im Kreislokal, Waldstr. 53. Einzelne der Bütter. — Wachsmanns- und Metallarbeiter IV. Abends 8½ Uhr, Röhlstrasse 4a. L.O.: Vorschläge eines Kandidaten zum Delegiertentag. Vortrag des Herrn Seiter Röhr über: "Welches Interesse haben die Arbeiter an der Bibliothek?". Einzelner jährlicher Bibliotheksbericht. — Wachsmanns- und Metallarbeiter IX. Abends 8½ Uhr, Stettinerstr. 50. L.O.: Weihnachtswahl. Bericht der Kombinationen. Legte Anmeldung zur Weihnachtsfeier ein. — Wachsmanns- und Metallarbeiter X. Abends 8½ Uhr im Sohle des Herrn Schiebel, Augustenstraße 55. L.O.: Vortrag des Brandenburgscheits Erich über: "Das neue Gewerbevereinsprogramm". Legter Tag zur Anmeldung der Kinder zur Weihnachtsfeier. — Wachsmanns- und Metallarbeiter XI. Abends 8 Uhr. Zahlabend bei Lehmann, Brunnstraße 119. Legte Anmeldung zur Weihnachtsfeier ein. — Wachsmanns- und Metallarbeiter XII. Abends 8 Uhr. Zahlabend bei Schönauer Allee 130. L.O.: Vortrag des Koll. Pach, Streitjüge durchs Mittelmeer". Legte Anmeldung zur Weihnachtsfeier ein.

Orts- und Wiedergängerverbände.

Henn (Ostpreuß). Jeden 1. und 8. Sonntag im

Ronc, nachr. von 4—5½ Uhr, im Sohle des Herrn Schiebel, Röhlstrasse, Diskussionskunde. — Nachr. (Ostpreuß). Jeden Sonnabend, 9 Uhr, Sitzung bei Salter, Jägerhof. — Hamburg (Ostpreuß). Jeden Mittwoch, abends 8½ Uhr präz. in Hittmanns Hotel, Börsstrasse, Diskussionskunde. — Spanien (Ostpreuß). Jeden Dienstag, abends 8 Uhr, im Vereinslokal zur Palme, Ritterstraße, Sitzung. Gäste willkommen. — Salfenkirchen (Sangerchor der Deutschen Gewerbevereine). Jeden Sonnabend, abends 9 Uhr, Prode, im Vereinslokal Pieper (früher Elteria), Schalter- und Borastrasse-Ecke. Gäste herzlich willkommen. — Diskussionsclub. Die Sitzungen finden jede Woche Mittwoch, abends 8½ Uhr, im Sohle des Herrn Schiebel, Brückstraße 16, statt. Gäste willkommen. — Dresden (Diskussionsclub). Die Sitzungen finden regelmäßig jeden Dienstag abends 8½ Uhr im Sandstraße, Börsedamm 28, statt. Gäste willkommen. — Biegitz (Diskussionsclub). Die Sitzungen finden jede Woche Donnerstag, abends 8½ Uhr, im "Ring" von Kreuzberg statt. Sitzung jeden 1. und 3. Sonntag im Monat, vormittags von 10—12 Uhr bei Schmidt, Kurstraße 51. — Hagen und Umgegend (Diskussionsclub). Jeden Sonnabend, abends 8½ Uhr, Sitzung des Strohmayer, Kirch- und Bergstr. Ecke. — Nachr. (Ostpreuß). Jeden dritten Sonntag im Monat (11 Uhr) Befreiung in Löher, Südermarkt 72, Restaurant "Zur Post".

Literatur.

Jugendwohl und Jugendrecht. Praktischer Wegweiser durch das Gesamtgebiet einer Kinder- und Jugendfürsorge. Von Konrad Nagel. Verlag Hermann Schröder-Halle o. S. 231 Seiten. Herr Scher Nagel hat sich seit Jahren das große Verdienst erworben, die Jugendfürsorge und den Kinderschutz aus dem Reiche der Theorie herauszuholen und ein gut Stück davon ins praktische Leben einzuführen. Und er schreibt auf dieser Bahn mutwillig fort. In dieser neuen Schrift stellt er überblicklich und klar alles Wissenswerte aus dem Gebiet des Kinderschutzes und der Jugendfürsorge zusammen und ermöglicht es dadurch auch dem Leser, sich über diese Dinge gründlich zu unterrichten. Besonders Arbeiterssekretariate und Rechtsausschusstellen werden gut tun, sich das Büchlein anzusehen. Gerade in Arbeitervorstädten, also bei den Rückgebietstellungen selbst, ist bisher nur wenig Verständnis für Jugendfürsorge und Kinderschutz vorhanden.

Anzeigen-Teil.

Inserate werden nur gegen vorherige Bezahlung aufgenommen.

Vom Verbandsbüro zu beziehen:

Sozialdemokratie und Arbeiterschaft
von Dr. jur. Richard Grund
Preis 30 Pf.

Ein für die Agitation nicht entbehrliches Hilfsmittel!

Frauen-Begräbniskasse
des Verbandes der Deutschen Gewerbevereine
(Hirsch-Dünker).

Generalversammlung am 23. Februar 1906, vorm. 9½ Uhr, in Berlin, Greifswalderstr. 221/223, im Verbandsbau.

Lageordnung:

Bericht der Hauptvertreter. Wahl des Vorstandes und der Frau. Wahl der Beiratsschwestern und der Frau. Wahl des Obmanns und dessen Stellvertreter für das Schiedsgericht. Beratung und Beschlussfassung der eingegangenen Anträge. Anträge müssen bis zum 12. Januar 1906 zu Händen des Hauptvertreters Rudolf Klein, N.O. 65, Greifswalderstr. 221/223 eingeschickt sein.

Point § 28 Absatz 2 werden die weiblichen Mitglieder durch Ihre Gemahnen, Väter und Söhne, oder von einem andern Gewerbevereinsmitglied vertreten, und werden letztere hierdurch eingeladen.

R. Klein. G. Hirsch.
I. Vorsitzender. Hauptvertreter. Hauptschriftführer.

Verband der Deutschen Gewerbevereine.
Donnerstag, den 12. Dezember 1907, abends 8 Uhr
im Verbandsbau der Deutschen Gewerbevereine,
Greifswalder Straße 221/223.

Große öffentliche
Gewerbevereins-Versammlung.

Das Vereinsrecht und andere Fragen.

Referenten: Reichs- und Landtagsabg. Jakob Hilbert und Generalsekretär Gustav Hartmann.

Wir ersuchen heute schon unsere Kollegen, davon Notiz zu nehmen und einen zahlreichen Besuch der Versammlung vorzubereiten.

Der geschäftsführende Sekretär.
J. G. Carl Goldschmidt.

Verantwortlicher Redakteur: Leonor Lewis, Berlin N.O., Greifswalderstr. 221/223. — Druck und Verlag: Goebel & Söhne, Berlin W., Gottliebstraße 110.

Der Gewerkverein

Jahrgang 1906

auf einem Papier gedruckt, dersart gebunden, für Verbindungsstellen und Vereinsbibliotheken

3,50, sonst 8 Mark.

N.B. Früher Jahrgänge werden zu denselben Preisen abgegeben.

Verbandsbüro:

Berlin N.O., Greifswalder Strasse 221/223.

Abhandlungen nur zu Verbandsmitgliedern

R. Klein,

Berlin N.O., Greifswalder Strasse 221/223.

Deutsches Technikum.

Lehr-Institut für Techn. Form- und Korrespondanz-Unterricht

Berlin SW. II, Schönebergerstr. 8.

Leiter: Diplom-Ingenieur W. Pockrandt.

Gelehrte theoretische Bildung durch schriftlichen Unterricht in Hochbau, Bau- und Innenausbau sowie mechanischen und elektr. Technik nach bestückter, ergänzender Methoden. Praktische Bildung durch die Anwendung für alle, die keinen regulären Schulkunterricht erhalten können. Kostenlos. Bequeme Zahlungsweise: Bezahlung in Voraus. Leistungsmittel werden möglichst. Teilnahme am Unterricht der damalsigen technischen Mittelschulen ist nicht, zu jeder Zeit möglich. Zur Anfahrt in die Vombole gestalt. Verbindlichkeit.

Ausführliches Programm gratis.

Stellenlose

Handelsbläser, Handstainer, Fächer u. c. erhalten Sitzung nachgewiesen durch den Arbeitsnachweis unseres Ortsvereins der Handelsbläser. Melbungen an den Kollegen Hilbert, Berlin SW, Kochstraße 56.

Westfalen (Ostpreuß). Düsseldorf, Westfalen, 75 Pf. bei G. Schröder, 14. Februarstr. 14.

Wiesbaden (Ostpreuß). Wiesbaden, 75 Pf. bei G. Schröder, 14. Februarstr. 14.

Hohen Nebenordnung

kann sich jeder techn. u. kaufm. Angestellte auf vernehmen, durchaus nicht anstötige Weise erwerben. Potzdam 44.

Zentral-Arbeitsaufsichtsamt der Berliner Gewerbevereine (G.D.). Sonntag, den 15. Dez. vorm. 9 Uhr im Verbandsbüro, Greifswalderstr. 221/223.

Generalversammlung. L.O.: Tätigkeitsbericht. Anträge. Bewill. der Vorstandes. Bericht verschieden.

Die Vertreter der Ortsvereine werden um nicht pflichtiges Geschehen erfuht.

Der Vorstand. J. L. Paul Müller, Raffaele, Panzow, Schönebergerstr. 7.

Weihnachts-Gloriosaum-Engelsglocke

gegen Einladung von 1 Mark, 20 Pf. für Porto; für Generalversammlungsmitglieder Porto fort, beim Zoll. L. Herrmann, Janer in Schlesien, Ambergasse 2.

Glas in Weißfalen (Ostpreuß). Durchreisende Mitglieder erhalten 1 Mark. Unterstüzung beim Verbandsbläser Carl Bakert in Hamm, Langstraße 62.

Jena (Ostpreuß). Durchreisende erhalten 25 Pf. Unterstüzung bei Carl Müller, Gottlieb-Gasse 2, Görlitz.

Fachwissen

in Hoch- u. Tiefbau, Sanitär-, Maschinenbau, in der Bau-, Kunst- und Möbelindustrie, Kunst- u. Bauhandelsklausuren. Glasschreinerei, Lokomotivführerschein, Elektrotechnik, Installationen, in Stuckaturen- und Steinmetzberufen erlangt man durch Schulunterricht. Erfolge: Anschluss. B. Jacob's U. Unterricht. Praxis. u. Anerkennungssch. gr. u. h. Sonnen & Hochfeld, Potsdam-L. S.